# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

**Früher Wochen- und Nachrichtsblatt**

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

**Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein**

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang

Nr. 218. | Mittwoch, den 18. September | 1918.

[illegible] Telegramm-Adresse: Tageblatt.


## Lichtenstein.

**Butter**, Dietrich Nr. 627—1400, Koch 1401—1780, Wagner 1781—2155, 50 Gr. 38 Pfg., Weiß 2156—Ende, Abschn. G, 1—342 Abschn. H, 50 Gr. 35 Pfg.

2107VLAV.

## Bewirtschaftung von Milch und Milchprodukten.

Die am 1. Oktober 1918 in Kraft tretende Verordnung über Milchhöchstpreise setzt die Milchpreise in ein angemessenes Verhältnis zu den gestiegenen Erzeugungskosten. Demgemäß wird vom gleichen Tage an der Herstellerpreis für 1 Pfund Landbutter durch die Kommunalverbände auf 3,80 M. festgesetzt werden, und auch die Quarkpreise werden eine entsprechende Erhöhung erfahren.

Von den Landwirten, die mit den neuen Preisen bei der Milchwirtschaft ihr Auskommen finden werden, muß nunmehr aber unbedingt erwartet und gefordert werden, daß sie nach Möglichkeit die Milcherzeugung zu steigern suchen, daß sie sämtliche Milcherzeugnisse, die ihnen nicht für den eigenen Bedarf zustehen, ordnungsmäßig abliefern und daß sie sich vor allen Dingen der Abgabe von Butter im Schleichhandel gänzlich enthalten. Nur wenn jeder Kuhhalter in dieser Richtung seine Pflicht tut, kann in der bevorstehenden Zeit der Milchknappheit die Bevölkerung in den Städten und Industrieorten die unumgänglich nötige Milch für ihre Kinder, die schwangeren und stillenden Frauen und die Kranken sowie die bisherige geringe Butter- und Quarkmenge erhalten.

Um eine vollständige Aufbringung und gerechte Umlage des den ländlichen Gemeinden auferlegten Ablieferungssolls zu erreichen, sind durch die Vorstände der Kommunalverbände überall Ortsausschüsse zu bilden, und in Pflicht zu nehmen, die unter Leitung eines vermöge seiner Persönlichkeit die Gewähr für Unparteilichkeit bietenden Vorsitzenden aus einer gleichen Zahl von Kuhhaltern und Verbrauchern zu bestehen haben. Diese Ortsausschüsse haben zur Erfüllung des Gemeindesolls für jede Kuhhaltung unter Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse das Ablieferungssoll festzusetzen, hierüber eine Liste zu führen, diese von Zeit zu Zeit nachzuprüfen und nötigenfalls nach den inzwischen eingetretenen Veränderungen zu berichtigen. Die Ortsausschüsse haben ferner eine sachliche Vorprüfung der Milchberichte aller Kuhhalter vorzunehmen, sie mit einem entsprechenden Prüfungsvermerk zu versehen, die Erfüllung des Ablieferungssolls im Einvernehmen mit der zuständigen Sammelstelle zu überwachen und die erforderlichen Maßnahmen gegen Säumige zu beantragen. Für benachbarte Gemeinden, in denen die Bildung einzelner Ortsausschüsse auf Schwierigkeiten stößt oder der Zusammenschluß sonst zweckmäßig erscheint, können gemeinschaftliche Ueberwachungsausschüsse gebildet werden.

Selbständige Gutsbezirke sind mit einem Gemeindebezirk zu vereinigen.

Die sonstigen Einrichtungen des Kommunalverbandes zur Ueberwachung der Kuhhalter (Revisionen, Probemelkungen usw.) bleiben daneben bestehen. Soweit durch die Einrichtung der Ortsausschüsse die Aufbringung des vorgesehenen Ablieferungssolls einer Gemeinde ohne überzeugende Gründe nicht erreicht wird, ist durch die Vorstände der Kommunalverbände für solche Gemeinden Zwangslieferung der Milch an eine Molkerei oder örtliche Verarbeitungsstelle anzuordnen und durchzuführen.

Dresden, den 11. September 1918.

**Ministerium des Innern.**

# Das Echo der Wiener Friedensnote.

Die gegenwärtig in der Reichshauptstadt stattfindenden interfraktionellen Besprechungen verursachten, daß zurzeit des Bekanntwerdens der Friedensnote ein großer Teil der Parteiführer und maßgebenden Parlamentarier in Berlin anwesend waren. Hierdurch wurde ermöglicht, daß die Reichsregierung sich sofort mit ihnen in Verbindung setzen konnte, und tatsächlich haben Besprechungen von Parlamentariern beim Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen stattgefunden. Werden auch greifbare Ergebnisse aus diesen Besprechungen nicht hervorgehen — es liegt ja auch kein Grund vor, zurzeit endgültige Beschlüsse zu fassen — so ist die Tatsache der Besprechungen doch bezeichnend für das Regime Hertling, der bei den Parlamentariern Fühlung sucht und sie mitraten und mittaten lassen will. Alle Parteien sind sich über die Unfruchtbarkeit der österreichischen Friedensaktion klar. Man ist sich darin einig, daß man sich einmal recht wenig Erfolg verspricht, ferner aber den Zeitpunkt für außerordentlich unglücklich gewählt hält. Ein Ablehnen der Friedensaktion wäre für die Herbeiführung eines Friedens auf anderem Wege nur schädlich und dürfte allen anderen Handlungen hinderlich sein. Infolgedessen sieht man auch keinen Vorteil in dem ganzen Vorgehen unseres Bundesgenossen. Im Gegenteil wird die isolierte Aktion Oesterreich-Ungarns, die selbstverständlich durchaus auf ehrlichen Beweggründen beruht, Auslegungen finden, die dem Ansehen der Mittelmächte bei den Neutralen und unseren Feinden keineswegs dienlich sein können.

### Eine neue Methode.

**Wien**, 16. September. An unterrichteter Stelle wird zu der Erklärung des Grafen Burian mitgeteilt: Es handelt sich jetzt bei der österreichisch-ungarischen Regierung um die Lancierung einer Idee. Es sei das Bestreben der K. u. K. Regierung, daß der Schritt auch auf der Gegenseite als rein objektiv und gewissermaßen als unpersönlich aufgefaßt werde. Es handle sich um eine neue Methode, Friedensgespräche herbeizuführen, nachdem alle bisherigen Methoden versagt hätten. Die Einmütigkeit unter den Bundesgenossen biete die Gewähr dafür, daß die Grundsätze, die in der Note entwickelt sind, von ihnen geteilt würden. (Daß die Methode neu ist, kann man ruhig zugeben; bestreiten muß man aber entschieden, daß sie angebracht und wirksam ist.

**Budapest**, 16. September. Die Aussichten der Friedensanregung werden in maßgebenden politischen Kreisen mit großer Zurückhaltung beurteilt. Man ist sich darüber klar, daß die Staatsmänner der Verbandsmächte heute weniger als je geneigt sein werden, in Friedenserörterungen einzutreten. Man nimmt aber andererseits an, daß es ihnen schwer fallen wird, unverbindliche Besprechungen, wie sie vom Grafen Burian vorgeschlagen werden, von vornherein brüsk zurückzuweisen. Man glaubt, daß zum mindesten bei den parlamentarischen Gruppen der feindlichen Länder, die schon seit langem gleichfalls für die Friedenserörterungen eintreten, der Schritt des Grafen Burian unzweifelhaft Sympathien auslösen wird, und man ist der Meinung, daß der Friedensgedanke in der Welt durch diesen Schritt neue Stärkung erfahren könne.

„Deutsche Zeitung": Wir sehen nicht an, die Note des Grafen Burian als einen schweren Fehler anzusehen, und fürchten, daß unser deutsches Volk für dieses Friedensangebot mit schweren Opfern an Gut und Blut wird büßen müssen.

### Die österreichische Friedensaktion im Spiegel der Presse.

Fast die gesamte Berliner Presse aller Parteirichtungen wird von der Friedensnote Oesterreich-Ungarns beherrscht. Aber es besteht schon äußerlich in der Art der Besprechung ein großer Unterschied. Während sich die linksstehenden Zeitungen ausführlich mit dem Friedensangebot beschäftigen, ist die konservative Presse in ihren Kommentaren entweder auffallend kurz und zurückhaltend, oder sie veröffentlicht die Note kommentarlos. Interessant ist, daß alle Zeitungen ohne Unterschied der Partei den Erfolg der Aktion stark in Frage stellen und das einseitige Vorgehen Oesterreich-Ungarns recht eigenartig, ja zum Teil befremdend finden.

### Aus Oesterreich-Ungarn:

„Die Zeit" nennt den Vorschlag einen glücklichen u. erfolgverheißenden. — Die „Arbeiterzeitung" schließt sich dem Entschluß des Grafen Burian aus ganzem Herzen an. — Das „Deutsche Volksblatt" meint, daß die österreichisch-ungarische Note zweifellos einem allgemeinen Friedensbedürfnisse entgegenkomme, und daß Graf Burian die Weltlage für friedensreif halte. — Das „Extrablatt" erklärt, daß die Feinde an dieser ausgestreckten Friedenshand schwerlich vorbeigehen können, ohne eine ungeheure Schuld auf ihre Schultern zu laden.

### Die österreichische Note in Frankreich.

**Basel**, 16. September. In Paris sieht man die Friedensnote Oesterreichs sowie die Rede Payers u. Burians als den erwarteten Beginn der Friedensoffensive der Mittelmächte an. Die gesamte französische Presse lehnt die Einladung ab, auf irgend welche Verhandlungen einzugehen. Man weiß hier sowohl, wie anderwärts, daß die Welt den Frieden wünscht, daß sie ihn nötig hat, aber man ist der Ansicht, daß der Frieden, den die Mittelmächte wollen, nicht der ist, dessen die Welt bedarf. Die Entente ist überzeugt, daß demokratische Grundsätze die Welt beherrschen müssen und daß nur ein von ihr aufgezwungener Frieden der Welt endgültig Ruhe schaffen könne.

### Die Aufnahme in England.

**London**, 16. September. (Reuter.) „Daily Chronicle" schreibt: Das österreichisch-ungarische Friedensangebot ist die erste direkte Annäherung eines kriegführenden, die seit Kriegsbeginn unternommen worden ist. Als solcher kommt ihr besondere Bedeutung zu. Zwei Motive veranlassen die Note: 1. der Wunsch, unter den Ententemächten durch den Versuch, das Odium für die Fortsetzung des Krieges ihnen zuzuschieben, Verwirrung zu stiften, 2. die aufrichtige Friedenssehnsucht in Berlin und Wien. Es wird jetzt zum ersten Mal zugegeben, daß die Mittelmächte unmöglich den Krieg gewinnen können. An die Stelle von übertriebener Siegesprahlerei, die den Beginn der großen Kaiserschlacht verkündete, trat die Furcht vor der Niederlage. Die österreichische Note geht jedoch von der Annahme aus, daß auf keiner Seite die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Sieges besteht. Von diesem Standpunkte aus tritt die Note für einen Verständigungsfrieden ein. Niemand, der einen Funken von Mitgefühl besitzt, würde auch nur für einen einzigen Tag die Fortsetzung der Agonie dieses Krieges wünschen, wenn sie nicht absolut notwendig ist. Aber nach allen ihren Leiden beabsichtigen die Ententemächte nicht, sich mit einem Scheinfrieden abspeisen zu lassen, der nur einen neuen Krieg zu einem Zeitpunkte, der den Militaristen Mitteleuropas genehm wäre, bedeuten würde. Die freien Nationen der Welt sind entschlossen, zusammenzuhalten,